Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Agenda 2030

Warum die kleinen Bauernhöfe im Westen in die Pleite getrieben werden und worum es wirklich geht

Die Bauernproteste, die derzeit Schlagzeilen machen, sind kein deutsches Phänomen, sondern ein Symptom einer im gesamten Westen umgesetzten Politik zur Umverteilung der landwirtschaftlichen Flächen von Kleinbauern an große Konzerne. Aber das ist nur ein Teil eines viel größeren Programms.

In den letzten Jahren gab es beispielsweise massive Bauernproteste in den Niederlanden. Der Grund dafür ist ein Plan der niederländischen Regierung, bis zu 3.000 Höfe zu schließen. Die niederländische Regierung bietet ihnen zwar über 100 Prozent des Wertes ihres Besitzes an, dafür müssen sie aber ein Berufsverbot in allen Ländern der EU akzeptieren. De facto ist das eine mit Geld versüßte Zwangsenteignung, gegen die die niederländischen Landwirte seit Jahren protestieren, denn wer sich weigert, der soll zwangsenteignet werden.

Das gewollte Höfesterben

Als Vorwand wird mal wieder der Kampf gegen den angeblich menschengemachten Klimawandel genannt. Bauernhöfe seien Produzenten von klimaschädlichen Abgasen und von Stickstoff, heißt es. Auch in Belgien haben die Bauern immer wieder gegen für sie existenzgefährdende Regelungen protestiert, die oft von der EU vorgegeben werden. Auch in Belgien gibt es ein Höfesterben, in den letzten 13 Jahren ist die Zahl der Höfe um 14 Prozent zurückgegangen. In den Niederlanden ist die Zahl der Höfe von 2010 bis 2020 bereits um etwa ein Drittel zurückgegangen, was ein ähnlich starkes Höfesterben ist wie in Deutschland.

Man könnte die Liste der Länder, in denen eine Politik umgesetzt wird, die auf eine zielgerichtete Reduzierung der Bauernhöfe abzielt, lange fortsetzen. Die Methoden und die von den jeweiligen Regierungen vorgeschobenen Begründungen sind unterschiedlich, aber sie haben alle das gleiche Ergebnis: In westlichen Ländern sterben die kleinen Bauernhöfe und deren Land wird meist von den großen Lebensmittel- und Agrarkonzernen aufgekauft. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Bedingungen für die kleinen Betriebe Schritt für Schritt verschlechtert, um sie zum Verkauf ihres Landes zu drängen.

Die Kürzungen, gegen die die deutschen Bauern derzeit protestieren, fügen sich dabei in das Gesamtbild ein, das man in fast allen Ländern des kollektiven Westens beobachten kann. Und auch die deutsche Regierung, namentlich Bundesumweltminister Özdemir, arbeitet daran, die Zahl der von Bauern gehaltenen Nutztiere zu verringern, was ebenfalls in den meisten westlichen Ländern das Ziel ist. Die niederländische Regierung will die Zahl der gehaltenen Nutztiere gar um bis zu 50 Prozent reduzieren.

Weg vom Fleisch, hin zu Insekten?

Auch die WHO fühlt sich inzwischen berufen, über das Thema zu sprechen und natürlich ist der Vorwand wieder der Klimawandel. Die Nahrungsmittelproduktion trägt laut WHO-Chef Tedros Ghebreyesus zu über 30 Prozent der Treibhausgasemissionen bei und ist für fast ein Drittel der weltweiten Krankheitslast verantwortlich. Daher müsse die Nahrung weltweit umgestellt werden. Die Welt müsse weg vom Fleischverzehr und hin zu mehr pflanzlicher Nahrung. Außerdem wirbt die WHO für Insekten als Lebensmittel und für im Labor gezüchtetes Fleisch.

Auf dem jüngsten Klimagipfel

Inhaltsverzeichnis:

Bauernproteste und Höfesterben
Kandidatur ÖXIT-Bündnis
Unterstützungserklärungs-Formular
Vortrag WHO-Pandemievertrag
Seite 5
Termine im März und April
Vortrag zum Krieg in Israel
Seite 1,2,6
Seite 3
Seite 3
Seite 5
Seite 5
Rückseite

COP28 veröffentlichte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) Ernährungsempfehlungen für die Länder der ersten Welt, um die CO2-Emissionen zu senken. Die Botschaft an die wohlhabenden Länder lautete wieder, weniger Fleisch zu essen.

Mit gutem Beispiel mochten die versammelten Teilnehmer des Klimagipfels aber dann doch nicht vorangehen, denn auf der Speisekarte des COP28-Gipfels fand sich eine reiche Auswahl von Gerichten wie "saftige Fleischscheiben", "saftiges Rindfleisch", Wagyu-Burger, afrikanisches Straßen-BBQ, Philly-Cheesesteaks und anderer Fleischgerichte. Geröstete Insekten, Mehlwurmsuppe oder ähnliches suchte man hingegen vergeblich. Offenbar gelten die Ernährungsempfehlungen nur für das Fußvolk, nicht jedoch für die politische Elite.

Das ändert aber nichts daran, dass diese "Ernährungsumstellung" von den westlichen Ländern vorangetrieben wird. Es sei nur daran erinnert, dass die EU immer mehr Insekten als Beimischung für Nahrungsmittel zulässt.

SDG: Die Agenda 2030

Über die sogenannten "nachhaltigen Entwicklungsziele" der UNO (Sustainable Development Goal, SDG) habe ich schon öfter geschrieben. Die SDG werden auch Agenda 2030 genannt, weil sie Ziele definieren, die bis 2030 umgesetzt werden sollen. Die dort genannten Ziele, zum Beispiel den weltweiten Hunger abschaffen, klingen alle sehr positiv. Wer jedoch in die Programme zur Umsetzung der SDG schaut, der versteht, dass das keineswegs positive Programme sind.

Ich habe im August beispielsweise über die C40-Städte berichtet, ein Programm, das ebenfalls ein Teil der Umsetzung der SDG ist. Eine Auswahl der Ziele, die die C40 bis 2030 erreichen wollen, sind folgende verbindliche Regeln für die Bewohner der C40-Städte: Null Kilogramm Fleischkonsum, Null Kilogramm Milchprodukte, maximal drei neue Kleidungsstücke pro Person und Jahr, Null private Fahrzeuge im Besitz, ein Kurzstreckenflug (weniger als 1500 Kilometer) alle drei Jahre pro Person. Das ist kein Scherz, wie Sie hier mit allen Quellen nachlesen können.

Die Agenda 2030 umfasst praktisch alle Lebensbereiche und die Umsetzung der Agenda wird massiv gefördert. Lobbyiert werden die Ziele von den Stiftungen der sogenannten "Philanthropen", also der westlichen Oligarchen, die mit ihren Reichtum die Politik der westlichen Staaten bestimmen.

Diese Oligarchen haben dabei konkrete Ziele, unter anderem die Kontrolle über den Agrar- und Lebensmittelsektor zu bekommen. Damit würden sie den Staaten die Kontrolle über die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln abnehmen. Und genau das erleben wir gerade in der EU, denn wenn die Höfe sterben und deren Land an die Agrarkonzerne geht, bekommen wenige Konzerne die Kontrolle über die Lebensmittelmittelproduktion. Die EU-Staaten begeben sich auf einem weiteren Gebiet in die Abhängigkeit einiger weniger Superreicher.

••

Wie die "Philanthropen" mit den SDG Geld machen

Die Bill and Melinda Gates Foundation (BMGF) beeinflusst die deutsche Agrarpolitik über von ihr kontrollierte Projekte. Das System nennt sich öffentlich-private Partnerschaft (public-private partnership, kurz ppp) und funktioniert immer nach dem gleichen Muster. Die Stiftung eines westlichen Oligarchen, von den Medien liebevoll "Philanthrop" genannt, schiebt ein Projekt an, finanziert es mit einigen Millionen, danach sind die westlichen Regierungen davon ganz begeistert und steuern ein Vielfaches (oft sogar das hundertfache) an Steuergeldern bei.

Diese Gelder kontrolliert damit der Oligarch, der das Projekt aus der Taufe gehoben hat. Zur Umsetzung solcher Projekte muss immer irgendetwas gekauft werden (Impfstoffe, Medikamente, Saatgut, etc.) und natürlich werden diese Dinge dann bei Firmen gekauft, an denen der Oligarch beteiligt ist oder die ihm ganz gehören. Mit einem relativ kleinen finanziellen Einsatz lenkt der Oligarch also ein Vielfaches an Steuergeldern in seine eigene Tasche.

Aufgrund dieses eigentlich sehr einfachen Geschäftsmodells werden die sogenannten "Philanthropen" immer reicher, während sie angeblich ihr Geld mit vollen Händen verschenken, um die Welt zu retten. Dass die sogenannte Philanthropie in Wahrheit nichts weiter als ein Geschäftsmodell ist, habe ich in meinem Buch "Inside Corona" ausführlich und mit vielen konkreten Beispielen aufgezeigt.

...

Die Gates-Stiftung hat sich als wichtigste Ziele die Gesundheit (also beispielsweise Impfungen), Ernährung (wobei massiv genmanipulierte Lebensmittel lobbyiert werden) und Bildung gesetzt. Bildung ist deshalb so wichtig, weil die "Philanthropen" de facto auch über den Inhalt der Lehrbücher bestimmen, die an westlichen Schulen und Universitäten benutzt werden. Was man den Kindern von heute in der Schule beibringt, ist das, was die Erwachsenen der nächsten Jahrzehnte denken werden.

Daher war es in nur wenigen Jahrzehnten möglich, die Werte der westlichen Gesellschaften massiv zu verändern. Vor 50 Jahren war **die Familie** noch der wichtigste Wert im Westen, heute wurde das durch alle möglichen Lebensgemeinschaften und LGBT ersetzt.

Auch das ist gewollt, denn wenn man den familiären Zusammenhalt, also die gewachsenen sozialen Bindungen zerstört, macht man die Menschen einsam und leichter lenkbar. Aus diesem Grund werden in den (ebenfalls von den Oligarchen bezahlten) westlichen Medien auch Singledasein, Kinderlosigkeit und wechselnde Partnerschaften, am besten auch noch mit wechselnden Geschlechtern, propagiert. Und aus diesem Grund haben diese Dinge auch Einzug in die Lehrpläne an westlichen Schulen und Universitäten gehalten. ...

Die angebliche Bekämpfung des Hungers als Geschäftsmodell

Aber kommen wir zurück zur Ernährung und zur Landwirtschaft, um die es hier gehen soll. Und bleiben wir wieder bei Bill Gates, dessen Beispiel ich symbolhaft für die westlichen Oligarchen anführe.

Bill Gates ist inzwischen der größte private Inhaber von Ackerland in den USA. Bill Gates ist in vielen Ländern auf die eine oder andere Weise im Agrarsektor aktiv, laut der schon genannten Anfrage der Linken hat die Gates-Stiftung mittlerweile ein Volumen in Milliardenhöhe im deutschen Agrarsektor.

Bill Gates ist finanziell mit dem berüchtigten Agrarkonzern Monsanto verknüpft. In diesem Zusammenhang ist es in Indien und Mexiko zur Übernahme von Ackerland gekommen. Über die Verbindungen von Gates und Monsanto habe ich auch in "Inside Corona" berichtet, dabei ging es um das Beispiel eines gemeinsamen Projektes von Gates und Rockefeller in Áfrika, das ebenfalls mit viel Steuergeld der westlichen Staaten finanziert wurde und den Hunger bekämpfen sollte. Dabei wurden afrikanische Bauern gezwungen, auf genmanipuliertes Saatgut von Monsanto umzusteigen und so in die Abhängigkeit von Monsanto getrieben, woran Gates und Rockefeller dann verdient haben. Nur das offizielle Ziel, die Erträge der Bauern zu erhöhen und so den Hun-

Bündnis "EU-Austritt für Österrreich (ÖXIT)" startet Kandidatur bei Europawahl!

Volksabstimmung über EU-Austritt ist das Ziel. NEU-TRALITÄT wiederbeleben! Schluß mit der Teilnahme Österreichs an der EU-KRIEGSTREIBEREI und den EU-SELBSTMORD-SANKTIONEN gegen Russland!

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Teilnahme an der Wahl zum "Europäischen Parlament" **am 9. Juni dieses Jahres**. Um bei Abstimmungen dazu beizutragen, weiteren Schaden für Österreich zu verhindern, viel früher als sonst möglich von EU-Vorhaben zu erfahren und das Volk darüber zu informieren, und um Kontakte zu ähnlich gesinnten Parteien anderer (noch) EU-Mitgliedstaa-

ten zu pflegen. Bei der Herbeiführung des **Brexit** war die durch mehrere Legislaturperioden hindurch stark im EU-Parlament vertretene Uabhängigkeitspartei von **Nigel Farage** der entscheidende Faktor, der zur Volksabstimmung führte. Deshalb haben sich jetzt erstmals gleich fünf Organisationen dazu entschlossen, mit einem gemeinsamen Bündnis bei dieser Wahl zu kandidieren:

Freisinnige Partei Österreichs, Sprecher: Mag. Christian EBNER,

Christliche Partei Österreichs, Sprecher: Dr. Rudolf GEHRING

Partei für Österreich,

Sprecher: Engelbert SCHÖNLEITNER

initiative demokratie.at,

Sprecher: Dipl.Ing. Oliver HOFFMANN

Initiative Heimat & Umwelt, Sprecherin: **Inge RAUSCHER** ÖXIT eu-austritt für österreich

www.oexit.me

Die meisten (gesteuerten) "Fehlentwicklungen" der letzten Jahre hängen direkt oder indirekt mit der unseligen Politik der EU zusammen. Deshalb ist unser tägliches Leben für viele Meschen heute kaum mehr leistbar. Durch den ÖXIT hätte Österreich in der Handelspolitik wie auch in vielen anderen Bereichen wieder eigene Entscheidungsfreiheit; durch den Wegfall der Sanktionen bekämen Betriebe wie Haushalte wieder günstige Preise für Energie, Treibstoffe und viele andere Produkte. Die enorme Bürokratie durch die vielen EU-Vorschriften könnte wieder abgebaut werden. Anstatt durch den Euro der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ausgeliefert zu sein, könnte Österreich einen an die Währungspolitik der Schweiz angelehnten "Austro-Franken" einführen und die Geldpolitik wieder selbst bestimmen. Wir müßten auch nicht weiter mithaften für die Schulden anderer Länder; der milliardenschwere

jährliche Mitgliedsbeitrag an die EU würde mit einem Schlag wegfallen. Durch den Wiederbeitritt zur **EFTA** hätte Österreich Zugang zum gemeinsamen Markt ohne politische Bevormundung und die Möglichkeit zum Abschluß von Freihandelsverträgen mit Ländern aus aller Welt, auch mit der EU. Wir können wieder selbst entscheiden, wer unter welchen Bedingungen zuwandern darf und können illegale Einwanderung unterbinden. In einem selbständigen, freien und überschaubarem Kleinstaat wie Österreich kann der massive Einfluß der transnationalen Großkonzerne wie in "Brüssel" - z.B. im Pharma- und Lebensmittelbereich - eher zurückgedrängt und stattdessen in erster Linie die Nahversorgung und die Klein- und Mittelbetriebe gefördert werden. Das wäre auch die wichtigste Grundlage einer vernünftigen Umwelt- und Gesundheitspolitik ohne ideologische Dogmen wie dem "Green Deal" der EU.

Wie kommt das ÖXIT-Bündnis auf den Stimmzettel?

Damit das ÖXIT-Bündnis gewählt werden kann, müssen mindestens 2.600 Unterstützungserklärungen (siehe umseitig) rechtzeitig bei der Wahlbehörde eingereicht werden.

Bitte gehen Sie ab 26. März in das Gemeindeamt (bzw. in Wien magistratisches Bezirksamt) Ihres Hauptwohnsitzortes, nehmen Sie einen amtlichen Lichtbildausweis und die noch **nicht** unterschriebene Unterstützungserklärung mit und unterschreiben Sie diese erst vor **dem Beamten** (ist so vorgeschrieben). Bitte prüfen Sie, ob der Beamte die Gemeindebestätigung voll ausfüllt, mit dem Gemeindestempel und der Unterschrift des Beamten, und dem Datum der Gemeindebestätigung. Das ist für die Gültigkeit der Unterstützungserklärung nötig.

Dann nehmen Sie die Unterstützungserklärung wieder mit und schicken diese im Original per Post so rasch wie möglich an "Initiative Heimat & Umwelt", 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5. Fax, eMail, Scans werden aus rechtlichen Gründen leider nicht anerkannt.

Für die Abgabe Ihrer Unterstützungserklärung steht Ihnen ein Zeitraum vom **26. März 2024 bis 26. April 2024** zur Verfügung (Postweg beachten!). Bitte die Unterstützungserklärung möglichst schon zu Beginn der Sammlung bestätigen lassen.

Unterschreiben können alle Österreicher, alle Auslandsösterreicher und alle Unionsbürger mit Hauptwohnsitz in Österreich, die am Wahltag (9. Juni) das 16. Lebensjahr vollendet haben, also spätestens am Wahltag ihren 16. Geburtstag haben.

Für Rückfragen: Tel. 0664/489 37 97 oder 0664/425 19 35, per E-mail an ihu@a1.net.

Weitere Formulare können jederzeit bei uns angefordert oder per Download über unsere Homepage heruntergeladen und kopiert werden:

www.heimat-und-umwelt.at

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!										

Unterstützungserklärung

Die unterzeichnende Person unterstützt hiermit den Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments am 9. Juni 2024 lautend auf:

[Bezeichnung der wahlwerbenden Partei]											
EU-AUSTRITT FÜR ÖSTERREICH (ÖXIT)											
eich von der jen Person n!	Vorname, Familienname der unterstützungswilligen Person										
deter Bereich Ingswilligen Iszufüllen!	Wohnort	Gebur	tsdatum	(Tag, I	Monat, Ja	ahr)					
Stark umrand unterstützu au	Eigenhändige Unterschrift		·	•	,		,				

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass die unterstützungswillige Person am Stichtag (26. März 2024) in der Europa-Wählerevidenz eingetragen und wahlberechtigt ist. Die eigenhändige Unterschrift auf dieser Unterstützungserklärung wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.

der n!	Gemeinde				
Stark umrandeter Bereich von de Gemeindebehörde auszufüllen!	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statu Wiener Gemeindebezirk	tarstadt,	Land		ggf. Sprengel Nr.
	Datum (Tag, Monat, Jahr)	Gemeir	ndesiegel	Unterschrift	

Eintritt: freie Spende

Vortrag mit Diskussion zum Thema:

WHO-PANDEMIEVERTRAG

Bevölkerungsschutz oder Behandlungszwang durch die Hintertür?

von Univ.-Doz. (Wien) Dr. med. Gerd Reuther

am Montag, 18. März 2024, um 19 Uhr in 4055 Pucking bei Linz, Gasthof Mayr, Puckingerstr. 2

Konsumation von Speis & Trank bis vor Vortragsbeginn möglich



Veranstalter: Initiative Heimat & Umwelt, www.1984.at

Die Weltgesundheitsorganisation WHO verspricht "Gesundheitssicherheit" und behauptet, dafür ein umfangreiches Vertragswerk mit zentralistischer Befehlsstruktur und militärischer Sprache zu benötigen. Aber Vorsicht! Spätestens seit den Gengiftspritzen sollte jedem klar sein, dass man sich vor "Angeboten", die zwangsweise verfügt werden, hüten sollte. Eine seriöse Gesundheitsempfehlung ist immer **freiwillig**. Womit will die WHO überhaupt rechtfertigen, Vorschriften für unsere Gesundheit zu treffen?

In ihrer über 75-jährigen Geschichte konnte die WHO keines ihrer selbstgesteckten Ziele erreichen. Weder hat sich der Anteil der Menschheit vergrößert, die über ein "vollständiges körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden" verfügt, noch wurden die vorrangig bekämpften Infektionskrankheiten zur Randerscheinung auf dem Planeten. Die 1980 verkündete "Ausrottung" der Pocken war nur Theaterdonner, um die dafür erfundene "Schutzimpfung", die immer wieder schwere Gesundheitsschäden ohne Schutzwirkung verursacht hatte, möglichst unauffällig in der Versenkung verschwinden zu lassen.

Die WHO war von Anfang an ein Werkzeug von Lobbyisten, um Ängste zu verbreiten und Mangelzustände als globale Gesundheitsbedrohungen zu erfinden. Hintergrund sind die Verstrickungen mit dem westlichen Großkapital und Organisationen zur **Bevölkerungskontrolle**. Dies erklärt die enormen Privilegien der Organisation und ihrer führenden Köpfe. Wäre es der WHO vorrangig um die öffentliche Gesundheit gegangen, wozu hätte man ihren Akteuren in allen Mitgliedsländern Straffreiheit zusichern müssen?

Erklärbar ist der juristische Sonderstatus, der auch **straffreie Tötungen** erlaubt, durch die unethischen oder kriminellen **Impfexperimente**, die das Haupttätigkeitsfeld der WHO sind. Die Gengiftspritzen bei "Covid-19" waren nur der jüngste Anschlag der WHO auf die Gesundheit von Menschen. Millionen von Menschen haben in den

letzten Jahrzehnten durch Impfexperimente – zunächst vor allem in den Entwicklungsländern – ihre Gesundheit oder ihr Leben verloren. Überprüfbare Erfolge gegen die häufigsten und schwerwiegendsten Infektionskrankheiten wie Tuberkulose und Malaria sind dagegen ausgeblieben.

Eine weitere Aktivität des scheinbaren Bevölkerungsschutzes übt die WHO im Monitoring angeblicher "Mangelgebiete" aus. So wie einige wenige Infektionsfälle irgendwo auf der Welt ausreichen, um eine weltweite Bedrohung herbei zu fantasieren, dienen einige wenige regionale Gebiete mit wenig Jod in der Nahrung dazu, eine **globale Jodmangelgefahr** zu beschwören, die 5% der Weltbevölkerung betreffen würde. Österreich, Deutschland und die Schweiz wären auf jeweils ganzer Landesfläche Gefährdungsgebiete. Dafür beweisende Schilddrüsenvergrößerungen gab es allerdings nirgends landesweit, bevor eine immer höhere Jodierung des Salzes verfügt wurde.

Sollten "Pandemievertrag" und "Gesundheitsrichtlinien" bei der nächsten Generalversammlung der WHO im Mai 2024 die erforderlichen Mehrheiten finden, wäre der Weg zu einer weltweiten Gesundheitsdiktatur gebahnt. Dann hätte der WHO-Generaldirektor die Vollmacht, **jederzeit eine Pandemie auszurufen** und die Mitgliedstaaten zu Lockdowns, Impfungen und anderen Maßnahmen zu verpflichten. Unter der falschen Flagge "Gesundheitsschutz" wäre die WHO zu einer demokratisch unlegitimierten Weltregierung aufgestiegen, die nach den Vorgaben einer kleinen Clique von Milliardären die Macht ausüben würde. Dank staatlicher Verschuldungen könnten IWF und Weltbank durch finanzielle Sanktionen die Einhaltung der Maßgaben gewährleisten.

Staaten, die die Souveränität und Gesundheit ihrer Bürger erhalten wollen, sollten baldmöglichst die Krankheitsorganisation WHO verlassen. **Ohne Mitgliedschaft kein Pandemievertrag** und keine Gesundheitsvorschriften.

Univ.-Doz.(Wien) Dr. med. Gerd Reuther ist Facharzt für Radiologie und Medizinhistoriker. 2005 erhielt er für seine Leistungen den Eugenie-und-Felix-Wachsmann-Preis der Deutschen Röntgen-gesellschaft. Er veröffentlichte rund 100 Beiträge in nationalen und internationalen Fachzeitschriften und -büchern sowie sechs Bücher, die sich kritisch mit der Medizin in Geschichte und Gegenwart auseinandersetzen. 2023 erschien "Hauptsache krank?" und ganz aktuell: "Wer schweigt, hat schon verloren".

Fortsetzung von Seite 2

ger in der Region zu bekämpfen, wurde leider nicht erreicht.

•••

Wenn die Agrar- und Lebensmittelindustrie von kleinen und mittleren Betrieben an wenige Großkonzerne umverteilt wird, dann entsteht eine Marktmacht, die die kleinen Betriebe nie hatten. Und solche Konstellationen, in denen einige wenige Player einen Markt kontrollieren, führen bekanntlich nicht zu sinkenden Preisen, sondern zu Preisabsprachen und damit zu steigenden Preisen.

Bayer hat Monsanto inzwischen geschluckt, wobei beide sich dadurch auszeichnen, dass sie seit Jahren andere Agrarkonzerne aufkaufen. Das ist genau die Konzentration von Marktmacht in sehr wenigen Händen, über die ich hier geschrieben habe. Es laufen also Prozesse, um im Lebensmittelbereich Monopole oder Oligopole zu bilden, was faktisch die Macht über die entsprechenden Märkte bedeutet.

Beispiel Ukraine

Die Ukraine ist ein gutes Beispiel dafür, wie solche Pläne umgesetzt werden. Wenn landwirtschaftliche Betriebe pleite gehen, kann deren Land billig aufgekauft werden. Der vom USgeführten Westen kontrollierte IWF hat der Ukraine 2020 als Bedingung für weitere Kredite diktiert, sie müsse den Ausverkauf der Schwarzerde, der fruchtbarsten Böden der Welt, an Ausländer gesetzlich erlauben.

So kam es in der Ukraine, einem der größten Getreide-Exporteure der Welt, zu einem massiven Landgrabbing, bei dem einige wenige, meist US-amerikanische Investoren massenhaft landwirtschaftliche Flächen zu einem Spottpreis eingekauft haben. Dass das Land zu niedrigen Preisen zu kaufen ist, macht unter anderem der Krieg in der Ukraine möglich.

• •

Deren Ziel ist es, das (möglichst weltweite) Nahrungsmittelmonopol zu erlangen, indem ihnen sowohl das Ackerland gehört, als auch, indem sie die Kontrolle über Saatgut, Düngemittel und Pestizide erlangen.

•••

Sogar die explodierten Energiepreise in Europa spielen dem in die Karten, denn dadurch ist die Düngemittelproduktion in der EU de facto unrentabel geworden, was viele Mittelständler dazu zwingen könnte, ihre Betriebe billig an große Konzerne zu verkaufen, wenn sie nicht pleite gehen und alles verlieren wollen.

Die EU begründet ihre Sanktionen gegen russisches Öl und Gas, die die Preisexplosion verursacht haben, mit den Ereignissen in der Ukraine. Nur hat nicht Russland die Preise erhöht oder die Lieferungen nach Europa eingestellt, sondern das waren die Sanktionen des Westens. Es sind also nicht die Ereignisse in der Ukraine an den hohen Preisen Schuld, sondern die Reaktionen der EU darauf.

CDC 1

Die SDG und die Oligarchen

Auch bei den SDG, also der Agenda 2030, ist eines der Kernthemen die Landwirtschaft. An den Treffen, bei denen darüber gesprochen wird, dominieren von durch Bill Gates, George Soros oder andere Oligarchen wie Rockefeller oder Ford finanzierte NGOs.

...

Was in der Landwirtschaft passiert, ist nur ein Beispiel. Ich habe vor einger Zeit schon anhand des Green Deal der EU aufgezeigt, dass es auch dabei nur darum geht, Steuergeld an eine Gruppe von Oligarchen zu lenken. Auch bei Covid ist es so gelaufen, damals sind die Milliarden, die die EU für den Kampf gegen die "Seuche" eingesammelt hat, praktisch komplett an Organisationen gegangen, die Bill Gates kontrolliert. Übrigens wird Bill Gates auch Herr über die Daten der Menschen in der EU werden, was die digitalen Impfpässe ermöglicht haben, und Ursula von der Leyen preist dieses Konzept der "digitalen Identität" bereits als Vorbild für den Rest der Welt an. Und das waren auch nur Beispiele, die Liste ließe sich fortführen.

Digitale Identitäten

Kommen wir zurück zu den Bauerprotesten: Es geht nicht um ein paar Subventionen für Agrardiesel, es geht um ein systemisches Problem und um eine ernsthafte Gefahr für Freiheit und Wohlstand.

...

Die "digitale Identität", die Ursula von der Leyen so anpreist, wird dabei das ultimative und allumfassende Kontrollinstrument. Auch das ist Teil der SDG, denn SDG Nummer 16 lautet "Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen", wogegen eigentlich niemand etwas haben kann. Eines der Unterziele, mit denen das erreicht werden soll, trägt die Nummer SDG 16.9 und lautet "Bis 2030 Schaffung einer legalen Identität für alle, einschließlich Geburtsregistrierung".

Und daran arbeitet übrigens wieder Bill Gates, der dazu diverse Organisationen unterstützt, um Herr über diese digitalen Identitäten zu werden. Eine der Organisationen nennt sich Modular Open Source Identity Platform (MOSIP) und die Gates Foundation rühmt sich, diese Plattform den Ländern der Welt ganz umsonst zur Verfügung zu stellen. Nur, dass Gates dann der Herr über all die Daten ist.

Eine andere Organisation, die von Gates und Rockefeller kontrolliert wird, heißt ID2020. ID2020 hat für die (ebenfalls von Gates kontrollierte WHO) den Leitfaden für digitale Impfpässe erarbeitet, der die Grundlage für von der Leyens Projekt der digitalen Identität für EU-Bürger ist.

Die wird in der EU bereits eingeführt. Dabei handelt es sich um die elektronische Patientenakte. Nach deutschem Recht kann man der elektronischen Patientenakte widersprechen, aber da EU-Recht über nationalem Recht steht, sollte man bedenken, dass das Widerspruchsrecht der Patienten gegen die elektronische Patientenakte im entsprechenden EU-Gesetz entfallen soll.

•••

Auszug aus einem Artikel von Thomas Röper aus dessen sehr empfehlenswertem "Anti-Spiegel-Blog". Der Autor, geboren 1971, hat als Experte für Osteuropa in Finanzdienstleistungsunternehmen in Osteuropa und Russland Vorstands- und Aufsichtsratspositionen bekleidet. Heute lebt er in seiner Wahlheimat St. Petersburg. Er lebt über 15 Jahre in Russland und spricht fließend Russisch. Die Schwerpunkte seiner medienkritischen Arbeit sind das (mediale) Russlandbild in Deutschland, Kritik an der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen und die Themen (Geo-)Politik und Wirtschaft.

> gesamter Artikel: https://rb.gy/kxeims

TERMIN-EINLADUNGEN für März und April: Hinkommen, teilnehmen, Freunde mitbringen!





NFÖ-Wien - Friedensgespräch - Runder Tisch: jeden 3. Dienstag im Monat, Beginn 18 Uhr

Gasthaus "Zipfer Eck", Koppreitergasse 6, 1120 Wien Nähere Informationen, Tel: 0676 406 5409

Anmerkung: NFÖ = "Neutrales Freies Österreich", mit dem die IHU seit Jahren zusammenarbeitet. Siehe www.nfoe.at

NFÖ-Vorarlberg - Friedensgespräch - Runder Tisch: Samstag, 23. März 2024, Beginn 17 Uhr

Pfarrheim Schoren, Bruder-Klaus-Raum, Schorenguelle 5, 6850 Dornbirn Zufahrt über Höchsterstraße, Parkplätze vorhanden Nähere Informationen, Tel: 0699 144 303 47

NFÖ-Tirol - Friedensgespräch - Runder Tisch: Donnerstag, 18. April 2024, Beginn 17 Uhr

Gasthaus "Tiroler Weinstube", Gumppstraße 38, 6020 Innsbruck Nähere Informationen, Tel: 0699 1162 8644

NFO-Salzburg – Friedensgespräch – Runder Tisch: Freitag, 19. April 2024, Beginn 17 Uhr

Haus "Wartenberg", Riedenburgerstr. 2 (Beginn Bayernstr.), 5020 Salzburg Nähere Informationen, Tel: 0699 1720 0336

Online-Vortrag zum Thema: "Brandherd Nahost" Vortragender: Fritz EDLINGER, Publizist

Der Vortrag mit Diskussion kann online per Zoom-Videositzung besucht werden. Bitte melden Sie sich per Mail buendnis@nfoe.at oder per Tel. 0699 144 303 47 an.

Veranstalter: Bündnis NFÖ, gemeinsam mit Bildungszentrum Hard Eintritt: 6 Euro

www.heimat-und-umwelt.at facebook.com/inge.rauscher.5283

WEGWARTE Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt, 34. Jahrgang, Folge 1, März 2024, ZulassungsNr. "SP20Z042089S", Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien,
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5,

Tel.: 02242/70516 oder 0664/489 37 97, ihu@a1.net Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 21.02.2024, Spendenkonto: IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053

Warum "WEGWARTE"?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der "Initiative Heimat & Umwelt" gewählt. Die "Wegwarte" ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die "Initiative Heimat & Umwelt" (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 33 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch freiwillige Kostenbeiträge österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verläßlich. Gerne würden wir die "Wegwarte" auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die "Wegwarte" heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

INITIATIVE Heimat & Umwelt





Krieg in Israel – Ursachen und Ausblick

Vortrag von Mag. Monika Donner

20.03.2024 - Wien

Gasthof »Goldener Hirsch« — www.zum-goldhirsch.at Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien Einlass 18.00 Uhr, Beginn 19.00 Uhr, Dauer ca. 2 Stunden Eintritt 35.- €

Anmeldung bitte unter events@monithor.at

Konsumation von Speis & Trank im Saal bis vor Vortragsbeginn möglich

Mag. Monika DONNER ist diplomierte Lebensberaterin, Juristin und strategische Analytikerin. Die vormalige Offizierin im österreichischen Bundesheer und Ministerialrätin im Verteidigungsministerium kämpft schon seit 2008 für die Freiheit in all ihren Facetten.

Das schreckliche Geschehen in Gaza wird gravierende Folgen für die gesamte politische Lage und damit auch Österreich haben. Wenn offensichtlicher Völkermord im 21. Jahrhundert von den sogenannten "westlichen" Regierungen und auch dem "neutralen" Österreich nicht nur hingenommen, sondern sogar massiv unterstützt wird, dann kann man in Zukunft jedes Volk umbringen oder aus seiner Heimat vertreiben - wie 1945 ja millionenfach auch in Mitteleuropa geschehen. Inzwischen rufen alle Staaten der Welt in UNO-Resolutionen zu einem Waffenstillstand auf zur Ermöglichung auch nur eingermaßen humanitärer Lebensverhältnisse durch medizinische Hilfeleistungen sowie Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Wasser und Energie für rund 1,5 Millionen Menschen, die auf engstem Raum zusammengepfercht wurden unter entsetzlichen Umständen. Mit heutigem Stand (21.2.2024) sind in den letzten Monaten bereits über 30.000 Zivilisten in Gaza durch die Bombardierungen getötet worden und eine Vielzahl davon schwer verwundet. Großflächig wurden Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Schulen usw. dem Erdboden gleichgemacht. Es ist immer wieder ein einziger Staat, der durch sein Vetorecht

im UNO-Sicherheitsrat alle Friedensresolutionen zunichte macht: die USA.

Den Vortrag "Krieg in Israel - Ursachen und Wirkungen" hat Monika Donner bei uns bereits eimal in Altlengbach gehalten; er wird wegen des großen Erfolges nun am 20. März in Wien in aktualisierter Form wiederholt. Die historisch und geopolitisch äußerst fundierten und belegten Fakten werden dabei in einer Fülle rhetorisch und auch visuell dargestellt, sodaß sich die Zuhörer ein umfassendes Bild von der Lage machen können. Man erfährt dabei sehr viel, was man aus den große Medien nicht entnehmen kann, und erkennt dadurch, wie gefährlich die dortige Situation ist - nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern im Hinblick auf eine nicht zu unterschätzende Gefahr einer Ausweitung des Krieges auf ganz andere Bereiche und in noch viel größeren Dimensionen.

Zum Thema "Krieg, Terror, Weltherrschaft" hat die Vortragende auch bereits zwei Bücher verfaßt. Näheres über ihre gesamte Tätigkeit auf ihrer Webseite https://www.monika-donner.at